

# EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel**



## Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

---

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

### **MINISTERPRÄSIDENT SEEHOFER ZU GESPRÄCHEN IN BRÜSSEL**

Ministerpräsident *Seehofer* traf am 11.07.2011 in Brüssel mit Kommissionspräsident *Barroso* zusammen. Im Mittelpunkt des Gesprächs, an dem auch Staatsministerin *Müller* teilnahm, standen die Vorschläge der Kommission für die mittelfristige Finanzplanung. Beim Gespräch mit Regionalkommissar *Hahn* ging es um die künftige EU-Kohäsionspolitik. Der Tag wurde mit einem festlichen Abendessen in der Vertretung des Freistaats Bayern bei der EU abgeschlossen. Dazu hatte Ministerpräsident *Seehofer* gemeinsam mit dem Vorstandsvorsitzenden der Siemens AG, *Löscher*, eingeladen. Anlass war eine zweitägige Sitzung des Gesamtvorstands des Siemens-Konzerns.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/516&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=de>

### **EP-PLENUM VOM 04. - 07.07.2011 IN STRASSBURG: WESENTLICHE ERGEBNISSE**

Zwei neue Vizepräsidenten des EP gewählt;

Polnische Präsidentschaft: Ministerpräsident *Tusk* findet breite Zustimmung;

Ungarische Präsidentschaft: Ministerpräsident *Orbans* Bilanz trifft auf gemischtes Echo;

Vorschlag zur Reform des Europawahlrechts erneut vertagt.

Alle Plenarbeschlüsse:

<http://www.europarl.europa.eu/activities/plenary/ta/calendar.do?language=DE>

Pressemitteilungen zur Plenarwoche:

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/press-release/plenary>

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

### **EP-PLENUM LEHNT ERWEITERTE MÖGLICHKEIT FÜR ZEITWEISE BINNENGRENZKONTROLLEN AB**

Das EP-Plenum hat am 07.07.2010 eine Entschließung angenommen, in der es jede Änderung am Schengen-System und insbesondere die vom Rat geforderte Einrichtung eines Mechanismus zur zeitweisen Wiedereinführung von



Binnengrenzkontrollen ablehnt. In der EntschlieÙung wird zudem nachdrücklich bedauert, dass „einige Mitgliedstaaten versuchen, wieder Grenzkontrollen einzuführen und so eindeutig den Geist des Schengen-Besitzstands gefährden“. Die Abgeordneten beziehen sich damit auf die Wiedereinführung von Kontrollen durch Dänemark an den Grenzen zu Deutschland und Schweden.

### **LIBE-AUSSCHUSS STIMMT ÄNDERUNG DER FRONTEX-VERORDNUNG ZU**

Nach der Einigung in den sog. Trilog-Verhandlungen zwischen Rat, Kommission und EP hat der Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) am 12.07.2011 den vereinbarten Änderungen zur FRONTEX-Verordnung formell zugestimmt. Ziel der Überarbeitung ist es, die Europäische Grenzschutzagentur und insbesondere deren operationelle Fähigkeiten zu stärken.

### **EP-PLENUM STIMMT EINRICHTUNG EINER IT-AGENTUR ZU**

Nach dem LIBE-Ausschuss hat nun auch das EP-Plenum am 05.07.2011 der Einrichtung einer Agentur für das Betriebsmanagement von IT-GroÙsystemen in der sog. „Dritten Säule“ (Freiheit, Sicherheit, Recht) zugestimmt. Die Agentur mit Sitz in Tallin und StraÙburg, die vor allem das langfristige Betriebsmanagement des Schengener Informationssystems (SIS II), des Visainformationssystems (VIS) und der Europäischen Datenbank zur Speicherung von Fingerabdrücken sicherstellen soll, soll im Sommer 2012 einsatzbereit sein.

### **EP BESCHLIESST DIE ERSTELLUNG EINER LISTE VISIERFÄHIGER DOKUMENTE**

Das EP-Plenum hat am 06.07.2011 mit einer großen Mehrheit der Abgeordneten den Vorschlag der Kommission zu visierfähigen Reisedokumenten verabschiedet. Bereits am 15.06.2011 hatte der federführende LIBE-Ausschuss einen entsprechenden Bericht angenommen. Die EntschlieÙung ergänzt den Schengen-Besitzstand und verpflichtet die Kommission mit Hilfe der Mitgliedstaaten eine Liste zu erstellen, in der alle Reisedokumente von Drittstaatsangehörigen, die zum Überschreiten der Außengrenzen berechtigen, aufgeführt werden.



### **LIBE-AUSSCHUSS NIMMT BERICHT ZUR „RAHMENRICHTLINIE ARBEIT-NEHMERRECHTE“ AN**

In der Sitzung des LIBE-Ausschusses am 12.07.2011 haben die Abgeordneten einen Bericht zum Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie über ein einheitliches Verfahren zur Ausstellung einer einheitlichen Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis an Drittstaatsangehörige und über Rechte von illegal Beschäftigten aus Drittstaaten (sog. „Rahmenrichtlinie Arbeitnehmerrechte“) angenommen. Der Bericht basiert auf einer Einigung, die nach langwierigen Verhandlungen im sog. Trilog-Verfahren zwischen Kommission, Rat und EP erzielt werden konnte. Mit der Richtlinie soll die Zulassung drittstaatsangehöriger Arbeitnehmer in der EU durch ein einheitliches Antragsverfahren mit kombinierter Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis vereinfacht und die Rechtsstellung von legal in der EU lebenden drittstaatsangehörigen Arbeitnehmern weitgehend an die von Unionsbürgern angenähert werden. Das Thema „Korrelations-tabelle“, die es der Kommission erlauben würden, die Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht in den einzelnen Mitgliedstaaten zu vergleichen, wurde vom Bericht jedoch ausgeklammert.

### **LIBE NIMMT NACH EINIGUNG IM TRILOG-VERFAHREN BERICHT ZUR „QUALIFIKATIONSRICHTLINIE“ AN**

Der LIBE-Ausschuss hat am 12.07.2011 einen Bericht zum Vorschlag der Kommission für eine Neufassung der Richtlinie über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes (Qualifikations- oder Anerkennungsrichtlinie) angenommen. Inhaltlich basiert der Bericht auf einer nach langwierigen Diskussionen erzielten Einigung zwischen Rat, Kommission und EP im sog. Trilog-Verfahren. Danach werden subsidiär Geschützte anerkannten Flüchtlingen im Wesentlichen gleichgestellt.

### **EP-PLENUM BILLIGT DEN EINSATZ VON KÖRPERSCANNERN**

Nach dem Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr (TRAN) hat sich nun auch das EP-Plenum am 06.07.2011 grundsätzlich für den Einsatz von Sicherheitsscannern (sog. Body- oder Körperscanner) an europäischen Flughäfen ausgesprochen. Neben den Sicherheitserhöhungen im Passagierbereich fordern die Parlamentarier außerdem eine verstärkte Kontrolle der Luftfracht, vor



allem in Bezug auf Fracht, die in Passagiermaschinen mitgeführt wird. Die Entscheidung des EP hat sehr unterschiedliche Reaktionen ausgelöst. Die Kommission ist nun aufgefordert Legislativvorschläge vorzulegen.

### **KOMMISSION STELLT OPTIONEN FÜR EIN EUROPÄISCHES SYSTEM ZUM AUFSPÜREN VON TERRORISMUSFINANZIERUNG VOR**

Die Kommission hat in einer Mitteilung vom 13.07.2011 Optionen für ein europäisches System zum Aufspüren der Terrorismusbekämpfung (EU-TFTP) vorgestellt. Sie kommt damit einer Aufforderung des Rats und des EP nach, die im Rahmen der Verhandlungen über ein TFTP-Abkommen mit den USA die Einführung einer europäischen „Lösung für die Extraktion der angeforderten Daten auf europäischen Boden“ gefordert hatten. Die Optionen sollen nun zwischen Kommission, Rat und EP auf der Grundlage einer bis Ende 2011 laufenden gründlichen Folgenabschätzung im Detail diskutiert werden. Im EP hat die Mitteilung zu unterschiedlichen Reaktionen geführt.

### **TRILOG-VERHANDLUNGEN ZUR BEKÄMPFUNG DES ILLEGALEN WAFFENHANDELS ERFOLGREICH**

Am 29.06.2010 haben sich Kommission, Rat und EP im Rahmen sog. Trilog-Verhandlungen über den Text einer Verordnung zur Einführung von Ausfuhr genehmigungen für Feuerwaffen, deren Teile, Komponenten und Munition sowie von Maßnahmen betreffend deren Einfuhr und Durchfuhr geeinigt. Mit der Verordnung soll die Nachverfolgung und Kontrolle von zivilen Feuerwaffen erleichtert werden, die aus dem und in das EU-Gebiet exportiert werden. Das EP und der Rat müssen dem nun ausgehandelten Text noch förmlich zustimmen.

### **EP-PLENUM STIMMT GRENZÜBERSCHREITENDER VERFOLGUNG VON STRASSENVERKEHRSDELIKTEN ZU**

Einen Monat nach dem TRAN-Ausschuss hat nun auch das EP-Plenum den Bericht zum Entwurf einer Richtlinie zur grenzüberschreitenden Verfolgung von Straßenverkehrsdelikten förmlich angenommen. Mit der Richtlinie soll der Austausch von Fahrzeug- und Halterdaten zwischen den Mitgliedstaaten sowie die Vollstreckung von Bußgeldentscheidungen bei bestimmten, schwerwiegenden Verstößen wie etwa Geschwindigkeitsverstößen oder Fahren unter Alkohol- oder Drogeneinfluss erleichtert werden. Als nächster und letzter Schritt vor



dem Inkrafttreten ist eine einstimmige Entscheidung des Rats notwendig, mit der in Kürze zu rechnen ist.

#### **EP-PLENUM NIMMT BERICHT ZUM GESAMTKONZEPT DATENSCHUTZ AN**

Nach dem LIBE-Ausschuss hat am 06.07.2011 auch das EP-Plenum in einer (legislativ nicht bindenden) EntschlieÙung den Bericht zur Mitteilung der Kommission zum „Gesamtkonzept für den Datenschutz in der EU“ vom 04.11.2010 angenommen. In der EntschlieÙung begrüÙt das EP die Mitteilung der Kommission und unterstreicht die Notwendigkeit eines kohärenten und modernen Datenschutzrahmens, um die Grundrechte des Einzelnen bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten wirksam zu schützen.

#### **KOMMISSION STARTET KONSULTATION ZU REGELN FÜR MELDUNG VON DATENSCHUTZVERSTÖßEN**

Die Kommission hat am 14.07.2011 eine Konsultation zu praktischen Regeln für die Meldung von Datenschutzverstößen im Rahmen der neuen EU-Telekommunikationsvorschriften gestartet. Zunächst sollen Beiträge über bestehende Verfahren und anfängliche Erfahrungen mit den neuen Vorschriften eingeholt werden. Anschließend können praktische Regeln vorgeschlagen werden. Beiträge zur Konsultation können bis zum 09.09.2011 eingereicht werden.

[http://ec.europa.eu/information\\_society/policy/ecommlibrary/public\\_consult/data\\_breach/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecommlibrary/public_consult/data_breach/index_en.htm)

#### **EUGH BESTÄTIGT ZULÄSSIGKEIT VON GLÜCKSSPIELMONOPOLEN**

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat im Wege der Vorabentscheidung am 30.06.2011 entschieden, dass ein Monopol für Pferdewetten grundsätzlich gerechtfertigt sein kann, wenn mit ihm das Ziel der Bekämpfung der mit Glücksspielen verbundenen Gefahren in kohärenter und systematischer Weise verfolgt wird. Außerdem hält der EuGH an seiner Rechtsprechung fest, wonach das Internet nur als einer von mehreren Vertriebswegen des Glücksspiels anzusehen ist.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>



### **KOMMISSION STARTET WETTBEWERB FÜR BARRIEREFREIE STÄDTE**

Am 30.06.2011 hat die Kommission den Wettbewerb zur Verleihung des „Access City Award“ (Europäischer Preis für barrierefreie Städte), den Wettbewerb zwischen europäischen Städten zur Förderung der Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen in der urbanen Umgebung gestartet. Teilnehmen können Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern. Bewerbungen sind bis zum 20.09.2011 einzureichen.

Link zur Teilnahme:

[www.accesscityaward.eu](http://www.accesscityaward.eu)

Informationen zum "Access City Award 2010:

[http://ec.europa.eu/justice/discrimination/files/accesscity\\_practice\\_guide\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/justice/discrimination/files/accesscity_practice_guide_de.pdf)

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

### **EINIGUNG IM TRILOG ZUR RICHTLINIE ZUR BEKÄMPFUNG DES SEXUELLEN MISSBRAUCHS UND DER SEXUELLEN AUSBEUTUNG VON KINDERN SOWIE DER KINDERPORNOGRAFIE**

Der LIBE-Ausschuss hat am 12.07.2011 mit klarer Mehrheit den Vorschlag für eine Richtlinie des EP und des Rates zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2004/68/JI des Rates in Form eines Kompromisstextes angenommen. Der beschlossene Text wurde zuvor in Gesprächen mit Rat und Kommission ausgehandelt. Die Richtlinie ersetzt einen entsprechenden Rahmenbeschluss aus dem Jahr 2004. Das Gesetzgebungsvorhaben wird aber erst nach der Sommerpause förmlich abgeschlossen werden.

Näheres unter:

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110711IPR23756/html/EU-Parlament-will-gegen-Kindersch%C3%A4nder-und-Online-Pornografie-hart-durchgreifen>

Näheres unter:

<http://www.europarl.europa.eu/en/pressroom/content/20110711IPR23756/html/Child-sex-crimes-EP-to-crack-down-on-child-abusers-and-web-pornography>



### **GRÜNBUCH ZUR ONLINE-VERBREITUNG AUDIOVISUELLER WERKE**

Am 13.07.2011 haben der für den Binnenmarkt zuständige Kommissar *Michel Barnier* sowie die für die Digitale Agenda zuständige Vizepräsidentin *Neelie Kroes* und die für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend zuständige Kommissarin *Androulla Vassiliou* ein Grünbuch zur Frage der Verbreitung audiovisueller Werke veröffentlicht. Dies betrifft die Online-Verbreitung von Filmen, Video-on-demand, TV-Programmen und anderen audiovisuellen Werken. Das Grünbuch ist Teil der umfassenden IPR-Strategie der Kommission zum Schutz der Urheberrechte; für Anfang 2012 sind Legislativvorschläge zur kollektiven Rechtverwaltung zu erwarten. Die Konsultation läuft bis zum 18.11.2011.

Das Grünbuch ist abrufbar unter:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/consultations/2011/audiovisual\\_en.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2011/audiovisual_en.htm)

### **EUROPÄISCHES PARLAMENT FORDERT FRAUENQUOTEN IN UNTERNEHMENSFÜHRUNGEN**

In einer am 07.06.2011 mit überwältigender Mehrheit angenommenen nichtlegislativen Entschließung fordert das EP, bis 2015 30 % und bis 2020 40 % der Positionen in Aufsichtsräten und Vorständen der größten börsennotierten EU-Unternehmen mit Frauen zu besetzen. Sollte es nicht möglich sein, mittels freiwilliger Maßnahmen die Anzahl der Frauen zu erhöhen, müsse eine europaweite Gesetzgebung herangezogen werden.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0330+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

### **VERBRAUCHERSCHUTZ: EP-PLENUM FÜR EINHEITLICHE LEBENSMITTELKENNZEICHNUNG**

Das Plenum des EP hat am 06.07.2011 in zweiter Lesung die Verordnung betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel (sog. „Lebensmittelinformations-Verordnung“) angenommen. Bereits im Juni 2011 hatten die EP-Abgeordneten mit dem Rat den der Abstimmung zugrundeliegenden Kompromisstext ausgehandelt, den der Rat noch formal - voraussichtlich im Oktober 2011 - bestätigen muss.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2011-0324&language=DE&ring=A7-2011-0177>



## **VERBRAUCHERSCHUTZ: KOMMISSION BESCHLIESST NEUE ROAMING-VO**

Die Kommission hat am 06.07.2011 einen Verordnungsentwurf zur Senkung der Roaming-Kosten vorgelegt. Dieser umfasst strukturelle Änderungen, die für mehr Wahlmöglichkeiten und Wettbewerb am Mobilfunkmarkt und in der Folge für niedrigere Verbraucherpreise sorgen sollen. Um dies zu erreichen sollen die Obergrenzen für Gesprächskosten und SMS bis Juli 2014 weiter schrittweise abgesenkt werden. Ziel ist es, diese langfristig an die zurzeit geltenden Preise auf nationaler Ebene anzugleichen, so dass beispielsweise ein Handytelefonat im EU-Ausland nicht teurer ist, als ein Telefonat im Inland.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

## **BERICHT DES SONDERAUSSCHUSSES ZUR FINANZ-, WIRTSCHAFTS- UND SOZIALKRISE IM EP (CRIS-AUSSCHUSS)**

Das Europäische Parlament (EP) hat am 06.07.2011 im Plenum den Bericht des Sonderausschusses zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise (CRIS) verabschiedet. Das EP spricht sich über die Verbesserung der wirtschaftspolitischen Steuerung hinaus dafür aus, eine vertiefte demokratische politische Union zu schaffen. In seinem ursprünglichen Bericht vom 30.05.2011 hatte der CRIS-Ausschuss gefordert, den EU-Haushalt langfristig, d. h. für die Zeit nach 2020, auf fünf bis zehn Prozent des BIP der EU zu erhöhen, was ganz grob das Fünf- bis Zehnfache des aktuellen Niveaus wäre. Diese Forderung wurde durch das Plenum des EP erheblich abgeschwächt. In der endgültigen Entscheidung des EP wird nunmehr lediglich daran erinnert, dass die Berichte im Vorfeld der Verwirklichung der Währungsunion bestätigt hätten, dass der Umfang des EU-Haushalts 2,5 % bis 10 % des BNE entsprechen müsse, je nachdem welche Funktionen vom EU-Haushalt übernommen werden. Weitere Forderungen des EP sind u. a. die Schaffung eines europäischen Finanzministeriums, die Reform des internationalen Währungssystems und die verbesserte Koordinierung der nationalen Steuerpolitiken.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0331+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## **WESENTLICHE ERGEBNISSE DER EUROGRUPPE VOM 11.07.2011**

Die Eurogruppe hat am 11.07.2011 angesichts der jüngsten Finanzmarktstur-



lenzen im Zusammenhang mit Italien eine weitere Erklärung zur Staatsschuldenkrise im Euroraum abgegeben. In der Erklärung wird betont, dass die Eurogruppe alles tun werde, um die finanzielle Stabilität im Euroraum zu sichern. Die Eurogruppe werde weitere Maßnahmen ergreifen, damit sich Ansteckungsrisiken im Euroraum nicht realisieren. Hierzu sollen die Flexibilität und der Anwendungsbereich des vorübergehenden Krisenmechanismus EFSF erweitert werden, die Laufzeiten der im Rahmen der Rettungspakete ausgereichten Darlehen verlängert und die Zinsen reduziert werden. Der Eurogruppe sollen dazu von der Arbeitsgruppe der Euro-Mitgliedstaaten, einer Arbeitsgruppe auf Staatssekretärebene, kurzfristig Vorschläge vorgelegt werden, damit in Kürze über die Details entschieden werden kann. Eine Entscheidung über ein zweites Rettungspaket für Griechenland wurde noch nicht getroffen.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/123601.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/123601.pdf)

#### **WESENTLICHE ERGEBNISSE DES ECOFIN-RATES VOM 12.07.2011**

Der ECOFIN-Rat hat das Defizitverfahren gegen Finnland beendet, nachdem das Defizit Finnlands im Jahr 2010 tatsächlich nur bei 2,5 % des BIP lag und 2011 voraussichtlich nur noch 1 % des BIP betragen wird. Daneben hat der Rat die länderspezifischen Empfehlungen zur Verbesserung der Haushalts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Mitgliedstaaten formal angenommen. Die länderspezifischen Empfehlungen sind der letzte Schritt im Rahmen des sechsmonatigen Europäischen Semesters, das dieses Jahr zur stärkeren Koordinierung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten erstmals durchgeführt wurde. Der Rat drängt die Mitgliedstaaten, ihre Konsolidierungsbemühungen fortzusetzen, damit die mittelfristigen Haushaltsziele erfüllt und die Defizite spätestens in den vom Rat gesetzten Fristen korrigiert werden. Sollte sich die wirtschaftliche Entwicklung besser als erwartet darstellen, sollen die Mitgliedstaaten die Reduzierung ihrer Defizite beschleunigen. Die Ergebnisse der diesjährigen Stresstests für den Bankensektor werden am 15.07.2011 um 18 Uhr veröffentlicht. Der ECOFIN-Rat diskutierte nochmals über die Strategien zur Stützung von Finanzinstituten, die bei den Bankenstresstests durchfallen. Die Unterstützungsmaßnahmen sollen in erster Linie durch den Privatsektor geleistet werden, allerdings sollen bei Bedarf auch staatliche Unterstützungsmaßnahmen umgesetzt werden.

Nach dem Wettbewerbsfähigkeitsrat am 30./31.05.2011 nahm am 13.07.2011



auch der ECOFIN-Rat Schlussfolgerungen zur Binnenmarktakte über die Belegung und Vertiefung des Europäischen Binnenmarkts an (s. auch Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/123656.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/123656.pdf)

### **ABSTIMMUNG IM PLENUM DES EP ZU OTC-DERIVATEN UND LEERVERKÄUFEN**

Das EP hat am 05.07.2011 die Abstimmung über die legislative Entschließung zur Verordnung über Leerverkäufe und bestimmte Aspekte von Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps) vertagt und nur über die Änderungsanträge abgestimmt. Der Ratskompromiss von Mitte Mai sieht grundsätzliche Verbote ungedeckter Leerverkäufe von Aktien und Staatsanleihen vor. Ein Verbot von ungedeckten Kreditausfallversicherungen, die keinen Absicherungszwecken dienen, sieht der Ratskompromiss - entgegen der aktuellen deutschen Rechtslage - dagegen nicht vor. Das EP spricht sich demgegenüber - vereinfacht dargestellt - dafür aus, dass Einkäufe von Kreditausfallversicherungen nur denen erlaubt werden, die im Besitz der entsprechenden Staatsanleihen sind. Die Verhandlungen mit dem Rat werden fortgesetzt, um nach der Sommerpause doch noch einen Kompromiss in erster Lesung erzielen zu können. Entsprechend wurde auch die Abstimmung über die Entschließung zur Verordnung über OTC-Derivate vertagt. Diskussionspunkte in Rat und EP sind u. a. der Anwendungsbereich der Verordnung (nur OTC-Derivate oder auch alle an regulierten Märkten gehandelten Derivate) und die Rolle der Europäischen Wertpapieraufsichtsbehörde ESMA.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0312+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0310+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

### **ÜBERSCHÜSSE AUS DEM HAUSHALTSJAHR 2010**

Der Überschuss im EU-Haushalt im Haushaltsjahr 2010 betrug 4,54 Mrd. €. Dieser Überschuss geht im Wesentlichen zurück auf ein positives Ergebnis bei den Einnahmen in Höhe von über 1,8 Mrd. € (vor allem aus Verzugszinsen und Geldbußen) und eine Ausgabenunterschreitung um rund 2,7 Mrd. € (insbesondere wegen Nichtausschöpfung von Programmmitteln). Der aus dem Haus-



haltsjahr 2010 stammende Überschuss wird in den Haushalt des Jahres 2011 eingestellt, so dass sich die Gesamtbeiträge der Mitgliedstaaten entsprechend verringern. Für Deutschland führt das dazu, dass sich der Beitrag von rund 19,2 Mrd. € auf rund 18,3 Mrd. € reduziert.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0308+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

### **ABLEHNUNG DES LISSABON-PAKETS IM HAUSHALTSBEREICH DURCH DAS EP**

Bisher war der mehrjährige Finanzrahmen im Rahmen einer interinstitutionellen Vereinbarung geregelt. Nach dem Lissabon-Vertrag muss der Finanzrahmen hingegen künftig durch Verordnung geregelt werden. Die Kommission hatte daher mit dem sog. „Lissabon-Paket“ u. a. die Überführung des Finanzrahmens 2007 - 2013 in eine Verordnung vorgeschlagen. Diese Verordnung wurde vom EP nunmehr abgelehnt. Hintergrund ist, dass der Rat in diesem Kontext die Flexibilität im mehrjährigen Finanzrahmen einschränken wollte. Damit bleibt die bisherige interinstitutionelle Vereinbarung in Kraft, bis sie durch die neue Verordnung zum mehrjährigen Finanzrahmen 2014 - 2020 abgelöst wird.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0326+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

### **KONSULTATION ZUR HARMONISIERUNG VON UMWELTINFORMATIONEN**

Die Kommission hat am 29.06.2011 eine öffentliche Konsultation zur europäischen Geodateninfrastruktur „INSPIRE“ (Infrastructure for Spatial Information in Europe, s. EB 03/2008) gestartet. INSPIRE verfolgt das Ziel, den Austausch von raumbezogenen Daten z. B. über Energieverbrauch, Katastrophenschutz oder Meeresregionen zu beschleunigen und den Zugang der Öffentlichkeit zu diesen Informationen europaweit zu erleichtern. Die vorgeschlagenen Normen sollen bei der Einordnung von Umweltschäden, bei der Informationsverwertung sowie der Zusammenarbeit der öffentlichen Verwaltungen (z. B. Katastrophenschutz) helfen. Interessierte haben jetzt bis zum 21.10.2011 die Möglichkeit, sich zu den Normen zu äußern (s. auch den Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://inspire.jrc.ec.europa.eu/index.cfm/pageid/201/consultation/45851>



Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

### **EP BEFASST SICH IN MEHREREN ENTSCHESSUNGEN MIT KOHÄSIONSPOLITIK – UNTERSTÜTZUNG DER KOMMISSION BEI EINFÜHRUNG VON ÜBERGANGSREGIONEN**

Das Plenum des EP hat in den letzten beiden Plenarsitzungen mehrere Initiativberichte zur Zukunft der Kohäsionspolitik verabschiedet. Am 23.06.2011 fand dazu bereits eine Generalaussprache statt. Der umfassende Bericht des deutschen Abgeordneten *Markus Pieper* (EVP, angenommen mit 506 Ja-Stimmen gegen 48 Nein-Stimmen bei 101 Enthaltungen) betrifft dabei die Positionierung des EP zum im November 2010 vorgestellten Fünften Kohäsionsbericht der Kommission (s. EB 19/2010). Zentrale Forderungen sind die Schaffung einer Zwischenkategorie für Regionen, deren BIP pro Einwohner zwischen 75 - 90 % des durchschnittlichen BIP der EU-27 liegt (allerdings gegen den Willen des Berichterstatters und einer substantiellen Zahl von anderen Abgeordneten, insb. auch deutschen), eine erhebliche Steigerung der Mittel für das Ziel 3 (territoriale Kooperation) und die Beibehaltung des Europäischen Sozialfonds im Gefüge der Kohäsionspolitik. Bereits auf der vorangegangenen Plenarsitzung am 23.06.2011 hatte das EP die Berichte von *Oldrich Vlasak* (EVP, CZE) zur Europäischen Stadtpolitik und ihrer Zukunft im Rahmen der Kohäsionspolitik, von *Marie-Thérèse Sanchez-Schmidt* (EVP, FRA) zur grenzüberschreitenden, transnationalen und interregionalen Zusammenarbeit sowie von *Georgios Stavrakakis* (S&D, GRC) zu Synergien für mehr Effektivität zwischen dem EFRE und den übrigen Strukturfonds angenommen.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110704IPR23283/html/Das-Parlament-spricht-sich-f%C3%BCr-F%C3%B6rderung-von-%C3%9Cbergangsregionen-aus>  
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?language=DE&type=TA&reference=20110623&secondRef=TOC>

### **ABSTIMMUNG IM PLENUM DES EP ZU OTC-DERIVATEN UND LEERVERKÄUFEN**

Das EP hat sich am 05.07.2011 mit der Verordnung über Leerverkäufe und bestimmte Aspekte von Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps)



beschäftigt und über die Änderungsanträge zu Berichtsentwurf abgestimmt, jedoch die Abstimmung über die legislative Entschließung insgesamt vertagt.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110705IPR23303/html/EP-entscheidet-%C3%BCber-Derivate-Leerverk%C3%A4ufe-und-Anlegerentsch%C3%A4digungssysteme>

### **KOMMISSION: AUFLAGE EINES NEUEN EUROPÄISCHEN FONDS FÜR ENERGIEEFFIZIENZ**

Am 01.07.2011 stellte die Kommission den im Dezember 2010 vom Rat beschlossenen Europäischen Fonds für Energieeffizienz (European Energy Efficiency Fund, EEE-F) vor. Seitdem können offiziell Anträge auf Mittel aus dem Fonds zur Finanzierung öffentlicher Projekte im Bereich Energieeffizienz und erneuerbare Energien gestellt werden. Der Fonds mit einem Anfangsvolumen von insgesamt 265 Mio. € soll vorwiegend kleinere Projekte von lokalen Behörden oder Energiedienstleistern durch Darlehen, Bürgschaften und Kapitalbeteiligungen unterstützen. Er soll dazu beitragen, dass die EU-Ziele zur vermehrten Nutzung erneuerbarer Energien und zur Senkung des Energieverbrauchs (jeweils um 20 % bis 2020) erreicht werden.

[http://ec.europa.eu/energy/eepr/eeef/eeef\\_en.htm](http://ec.europa.eu/energy/eepr/eeef/eeef_en.htm)

### **EP ZU KRITERIEN FÜR PRIORITÄRE ENERGIEINFRASTRUKTURPROJEKTE UND IHRE FINANZIERUNG**

Am 05.07.2011 nahm das EP einen Bericht des Abgeordneten *Francisco Sosa Wagner* (fraktionslos, ESP, mit 590 Stimmen gegenüber 43 Gegenstimmen sowie 12 Enthaltungen) zu „Energieinfrastrukturprioritäten bis 2020 und danach“ an. Darin schlägt das EP eine Liste für die Bestimmung von prioritären Projekten vor, die im europäischen Interesse liegen und daher unter bestimmten Bedingungen mit EU-Mitteln gefördert werden sollen. Außerdem verteidigte es die Ausgabe von europäischen Anleihen (sog. „Projektbonds“), mit denen die Finanzierung von Projekten durch Privatkapital billiger gemacht und solches Kapital daher mobilisiert werden soll. Der Bericht nimmt die Vorstellungen der Kommission aus der Energieinfrastruktur-Mitteilung vom November 2010 (s. EB 20/2010) insgesamt sehr positiv auf. Zugleich positioniert sich das EP damit im Vorgriff auf die im Herbst 2011 erwarteten Legislativvorschläge der Kommission.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110704IPR23293/html/>



[Energy-infrastructure-EU-project-selection-criteria-and-project-bonds](#)

**KOMMISSION VERÖFFENTLICHT VORSCHLAG ZU ROAMING-GEBÜHREN**

Die Kommission hat am 06.07.2011 einen Verordnungsentwurf zur Senkung der Roaming-Kosten vorgelegt. Um niedrigere Verbraucherpreise zu erreichen, plant die Kommissarin für die Digitale Agenda, *Neelie Kroes*, die Obergrenzen für Gesprächskosten und SMS bis Juli 2014 weiter schrittweise abzusenken. Ziel ist, diese langfristig an die zurzeit geltenden Preise auf nationaler Ebene anzugleichen, sodass beispielsweise ein Handytelefonat im EU-Ausland nicht teurer ist als ein Telefonat im Inland. Zudem sollen auch strukturelle Änderungen für mehr Wahlmöglichkeiten und Wettbewerb am Mobilfunkmarkt sorgen. Nach einem am gleichen Tag veröffentlichten KOM-Bericht sind Mobilfunkgespräche im EU-Ausland aufgrund der Roaminggebühren noch immer rund dreimal teurer als im Inland. (s. auch den Beitrag im Bereich der IuK- und Medienpolitik in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/835&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

**EP-PLENUM BILLIGT DEN EINSATZ VON KÖRPERSCANNERN**

Nach dem Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr (TRAN), hat sich nun auch das EP-Plenum am 06.07.2011 grundsätzlich für den Einsatz von Sicherheitsscannern (sog. „Body- oder Körperscanner“) an europäischen Flughäfen ausgesprochen. Diese Geräte sind in der Lage, unter der Kleidung mitgeführte Gegenstände aufzuspüren, wobei sie gegenüber den herkömmlichen Metalldetektoren den Vorteil haben, dass sie auch nichtmetallische Gegenstände, wie etwa Sprengstoff, anzeigen. Bislang werden die umstrittenen Sicherheitsscanner in der EU nur von Großbritannien und den Niederlanden eingesetzt. Testverfahren haben in Deutschland, Frankreich, Italien und Finnland stattgefunden (s. auch den Beitrag des StMI in diesem EB).

**BERICHT DES SONDERAUSSCHUSSES ZUR FINANZ-, WIRTSCHAFTS- UND SOZIALKRISE IM EP (CRIS-AUSSCHUSS)**

Das EP hat am 06.07.2011 im Plenum den Bericht (Berichterstatteerin *Pervenche Berès*, S&D, FRA) des Sonderausschusses zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise (CRIS)) verabschiedet (434 Ja-Stimmen gegen



128 Nein-Stimmen bei 33 Enthaltungen). Der Bericht beleuchtet die gesamte Breite politischer Themen im Hinblick auf eine nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage der EU; Schwerpunkte sind jedoch Haushalts- und Finanzfragen. Das EP spricht sich über die Verbesserung der wirtschaftspolitischen Steuerung hinaus dafür aus, eine vertiefte demokratische politische Union zu schaffen. Die Bewältigung der Staatsschuldenkrise und die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit, Konvergenz und Solidarität der EU erfordern aus Sicht des EP eine Verlagerung von Zuständigkeiten und Ausgaben auf die EU. Die nationalen Haushalte sollen dadurch entlastet werden. Für den Geschäftsbereich des StMWIVT sind besonders die Ausführungen zu Energie- und Verkehrspolitik von Bedeutung, wo das EP eine Europäische Energiegemeinschaft und eine grundlegende Ausrichtung aller Politikbereiche am Ziel der Ressourceneffizienz fordert, dazu einen konsequenten Ausbau transeuropäischer Verkehrsnetze. Wegen des grenzüberschreitenden Bezugs sei hier ein echter europäischer Mehrwert zu erwarten (s. hierzu auch den Beitrag des StMF in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110705IPR23376/html/Ein-europ%C3%A4ischer-New-Deal-f%C3%BCr-mehr-Wettbewerbsf%C3%A4higkeit>

#### **ECOFIN-RAT NIMMT SCHLUSSFOLGERUNGEN ZUM SINGLE MARKET ACT AN**

Nach dem Wettbewerbsfähigkeitsrat am 30./31.05.2011 (s. EB 11/2011) nahm am 13.07.2011 auch der ECOFIN-Rat Schlussfolgerungen zur Binnenmarktakte über die Belebung und Vertiefung des Europäischen Binnenmarkts an. Der ECOFIN begrüßt die Schwerpunktsetzung in der Kommissionsmitteilung vom April 2011 (s. EB 08/2011) und sagt seine Unterstützung bei dem Ziel zu, die zwölf darin genannten vorrangigen Maßnahmen bis Ende 2012 zu verabschieden. Er betont, dass er für verschiedene Aspekte, insbesondere die Finanzmarktregulierung und die Besteuerung, federführend sei, während der Wettbewerbsfähigkeitsrat horizontale Fragen behandle; dies betreffe insbesondere die Bereiche Energiebesteuerung und Gemeinsame Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage. Die Schlussfolgerungen zeigen sich zurückhaltend zum vorgeschlagenen Einsatz innovativer Finanzinstrumente bei der Infrastrukturfinanzierung (Energie und Verkehr) und fordern die Kommission auf, die Haushaltsauswirkungen noch intensiver zu untersuchen.



<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st12/st12464.de11.pdf>

### **KONSULTATION ZU HANDEL UND ENTWICKLUNG**

Vom 22.06.2011 - 21.08.2011 findet eine öffentliche Konsultation zum Thema Handel und Entwicklung statt. Sie dient der Vorbereitung einer entsprechenden Mitteilung, welche die globalen Veränderungen seit Annahme der bisherigen Mitteilung aus dem Jahre 2002 (Assisting Developing Countries to Benefit from Trade) aufgreifen soll. Die beiden Schwerpunktthemen sind zum einen die Sicherung positiver Folgen von Handel für verschiedene Entwicklungsziele und zum anderen die Reaktion auf ein immer stärkeres Auseinanderfallen der Entwicklungsfortschritte verschiedener Länder und Regionen der Welt.

<http://trade.ec.europa.eu/consultations/?consul%5Fid=156>

### **KOMMISSION: ÖFFENTLICHE KONSULTATION ZUR VORBEREITUNG EINER MITTEILUNG ÜBER DIE NACHHALTIGE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DER BAUWIRTSCHAFT UND IHRER UNTERNEHMEN**

Die Kommission hat am 06.07.2011 eine Konsultation zum Thema nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit der Bauwirtschaft und ihrer Unternehmen eingeleitet. Sie soll die Einschätzungen der interessierten Öffentlichkeit und insbesondere der Branchenmitglieder selbst zu aktuellen und zukünftigen Herausforderungen der Bauwirtschaft ermitteln. Sie werden im Rahmen einer bereits im Jahr 2010 von der Generaldirektion Unternehmen initiierten Studie berücksichtigt, mit welcher die Branchenbedürfnisse umfassend analysiert werden sollen. Im Rahmen einer neuen Wettbewerbsagenda für die europäische Bauwirtschaft soll etwa eine bessere Koordinierung der vielen Initiativen auf europäischer und nationaler Ebene gelingen. Sie soll in einer Mitteilung zur nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit der Bauwirtschaft und ihrer Unternehmen dargelegt werden, die für Herbst 2011 angekündigt ist. Die Konsultation endet am 15.09.2011.

[http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/construction/competitiveness/public-consultation/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/construction/competitiveness/public-consultation/index_en.htm)



Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

### **EP-AGRARAUSSCHUSS: AUSSPRACHE MIT AGRARKOMMISSAR CIOLOS ZUR FINANZIERUNG DER GAP BIS 2020**

Am 11.07.2011 führte der EP-Agrarausschuss eine Aussprache mit Agrarkommissar *Cioloş* zum Kommissionsvorschlag zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 - 2020 durch. Dabei stellte der Vorsitzende des Agrarausschusses, *Paolo de Castro* (S&D, Italien), zunächst fest, dass die vorgesehene nominale Konstanz des GAP-Haushalts auf dem Niveau von 2013 (s. EB 13/2011) real eine Reduzierung bedeute. Agrarkommissar *Cioloş* zeigte anhand der Zahlen für den Agrarhaushalt zu laufenden Preisen (GAP-Haushaltsvolumen für Säule 1 und 2 inklusive Ergänzung aus anderen Fonds dann 435,5 Mrd. €), dass die GAP nach den Kommissionsvorschlägen weiterhin die Hauptausgabenrubrik des EU-Haushalts bleibe und so eine ehrgeizige Politik ermögliche. Die in der Vergangenheit kursierenden Gerüchte über drastische Kürzungen des Agrarhaushalts seien vom Tisch. Die agrarpolitischen Sprecher von EVP, S&D, ALDE und ECR stellten klar, dass die vorgesehenen realen Kürzungen nicht der Forderung des EP zu einer Beibehaltung des GAP-Haushalts zumindest in Höhe des Jahres 2013 entsprechen. Der agrarpolitische Sprecher der Fraktion der Grünen/EFA, *Martin Häusling*, zeigte sich zufrieden mit den Vorschlägen, insbesondere mit den darin vorgesehenen 30 % der Direktzahlungen für Ökologierungsmaßnahmen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?jsessionid=1AEE9FA25BA27C7CEDF78F675C7A39E4.node2?pubRef=-//EP//TEXT+IM-PRESS+20110711IPR23770+0+DOC+XML+V0//EN&language=DE>

### **KOMMISSION STELLT GRÜNBUCH ZUR ABSATZFÖRDERUNG FÜR AGRARPRODUKTE VOR**

Die Kommission hat am 14.07.2011 mit dem Grünbuch „Den Verbraucher auf den Geschmack bringen: eine Strategie mit hohem europäischen Mehrwert zur Absatzförderung für Europas Agrarerzeugnisse“ die Debatte über die zukünftige Gestaltung der Informations- und Absatzförderungsprogramme für EU-Agrarerzeugnisse eröffnet. Nach Überzeugung der Kommission kann die derzeitige Politik zur Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse verbessert und vereinfacht werden um sie noch besser an die Erfordernisse des Binnen- und des Weltmarktes anzupassen. Das Grünbuch enthält deshalb 16 Fragen zu verschiedenen Aspekten der Absatzförderung, zu denen sich im Rahmen



eines Konsultationsverfahrens alle Beteiligten - Verbraucher, Erzeuger, Handel und Behörden - äußern können. Agrarkommissar *Cioloş* betonte, dass in der EU deutlich strengere Vorschriften hinsichtlich Lebensmittelsicherheit, Umweltverträglichkeit und Tierschutz gelten als für die Konkurrenten in anderen Ländern der Welt. Deshalb bedürfe es einer ehrgeizigen und wirksamen Absatzförderungs politik. Auch für die Bereitstellung von Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum sei es wichtig, dass die europäische Landwirtschaft ihre Stellung sowohl auf den traditionellen als auch auf den neuen Märkten behalte oder ausbaue. Vorschläge und Anregungen können im Rahmen des Konsultationsverfahrens bis zum 30.09.2011 (Adresse s. u.) eingereicht werden. Die Beiträge werden im Rahmen eines Berichts bis Ende 2011 zusammengefasst. Eine Mitteilung der Kommission soll bis Mitte 2012 vorgestellt werden, Legislativvorschläge sind für Ende 2012 zu erwarten.

[http://ec.europa.eu/agriculture/promotion/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/promotion/index_de.htm)

#### **KOMMISSION: 37,6 MIO. € ZUR ABSATZFÖRDERUNG FÜR AGRARPRODUKTE**

Am 05.07.2011 teilte die Kommission mit, dass 26 Programme aus 13 Mitgliedstaaten zur Information und Absatzförderung für landwirtschaftliche Erzeugnisse genehmigt wurden. Die EU stellt dafür 37,6 Mio. € (50 %) zur Verfügung, der Rest ist von den Mitgliedstaaten zu finanzieren. Aus Deutschland wurden drei Programme aus den Bereichen frisches und verarbeitetes Obst und Gemüse sowie Qualitätsfleisch ausgewählt. Ziel der EU-Programme sei, die Erzeuger in einer zunehmend wettbewerbsorientierten Welt wirkungsvoll zu unterstützen, so Agrarkommissar *Cioloş*. Auf einem globalen Markt, der sich immer weiter öffne, reiche es nicht aus, Speisen und Getränke von hervorragender Qualität zu produzieren. Dem Verbraucher müssten auch die Standards und die Qualität der Erzeugnisse, die die europäische Landwirtschaft auf dem Tisch bringt, näher gebracht werden. Außerdem will *Cioloş* 15 Mio. € zusätzlich für Absatzförderungsprogramme für frisches Obst und Gemüse zur Verfügung stellen. Im Zuge der EHEC-Krise können solche Programme für den Binnenmarkt und Drittländer bis zum 15.08.2011 eingereicht werden. Die Förderkampagnen könnten bereits im Herbst 2011 beginnen. Die praktischen Einzelheiten dieser Initiative folgen in Kürze.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/829&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



### **EP-AGRARAUSSCHUSS: AUSSPRACHE MIT POLENS LANDWIRTSCHAFTSMINISTER SAWICKI**

Am 12.07.2011 führte der EP-Agrarausschuss eine Aussprache mit dem polnischen Landwirtschaftsminister *Marek Sawicki*, der seit 01.07.2011 auch Vorsitzender im Rat für Landwirtschaft und Fischerei („Agrarrat“) ist. *Sawicki* bedauerte dabei, dass die GAP nur in ihrer Bezeichnung „gemeinsam“ sei. Er fragte sich, wie die GAP eine faire Politik sein könne, wenn ein lettischer Landwirt 94 €/ha, ein französischer aber 300 €/ha und ein griechischer 500 €/ha an Direktzahlungen bekomme. Dies führe zu Wettbewerbsverzerrungen. Die Abgeordnete *Kalniņa* (EVP, Lettland) bestätigte, dass die lettischen Landwirte empört und schockiert seien über die von der Kommission vorgeschlagene Formel zu Angleichung der Direktzahlungen zwischen den Mitgliedstaaten. Danach, so *Kalniņa*, würde ein lettischer Landwirt im Jahr 2020 144 €/ha bekommen, was gerade über der Hälfte der durchschnittlichen Direktzahlungen in der EU liege. *Sawicki* forderte neue objektive Kriterien zur Verteilung der Zahlungen. Die Vorschläge zum mehrjährigen Finanzrahmen widersprächen den Zielen zur Vereinfachung der GAP, insbesondere, da nun mit dem Krisenfonds und dem Globalisierungsfonds eine dritte Säule am Horizont erscheine. Zum Qualitätspaket solle unter polnischem Vorsitz eine Einigung herbeigeführt werden. Der Milchsektor müsse auf das Ende der Quoten vorbereitet werden. Im Milchpaket seien entsprechende Maßnahmen zu erarbeiten. Er sehe die Gefahr einer Überproduktion bei völliger Freiheit auf dem Milchmarkt.

### **EINHEITLICHE LEBENSMITTELKENNZEICHNUNG IN DER EU**

Nach Beginn des Gesetzgebungsverfahrens vor mehr als drei Jahren hat das Plenum des EP am 06.07.2011 in zweiter Lesung eine Verordnung betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel (sogenannte „Lebensmittelinformations-Verordnung“) angenommen. Bereits im Juni 2011 hatten die EP-Abgeordneten mit dem Rat den der Abstimmung zugrundeliegenden Kompromisstext ausgehandelt, den auch der Rat noch formal auf einer seiner nächsten Sitzungen - voraussichtlich im Oktober 2011 - bestätigen muss. Ziel der neuen Vorschriften zur einheitlichen Kennzeichnung von Lebensmitteln ist es, den Verbrauchern bessere und umfassende Informationen zur Verfügung zu stellen, damit diese gezielte Kaufentscheidungen treffen können. Zugleich sollen Lebensmittelunternehmer von mehr Rechtssicherheit, besserer Rechtsetzung und Entbürokratisierung profitieren. Der Kommissar für Gesundheit



und Verbraucherschutz, *John Dalli*, hat die Abstimmung des EP als positive Nachricht für Verbraucher gewertet. Diese seien in ihrer Rolle als mündige Verbraucher weiter zu stärken, gleichzeitig solle ein Beitrag zur Eindämmung von Fettleibigkeit und chronischen Erkrankungen in der EU geleistet werden (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2011-0324&language=DE&ring=A7-2011-0177>

### **EP BEFÜRWORDET ÄNDERUNG DER TSE-REGELUNGEN**

Das EP hat am 06.07.2011 eine nicht legislative Entschließung zu den EU-Rechtsvorschriften zu TSE (= transmissible spongiforme Enzephalopathien: Krankheiten, die bei Menschen und Tieren auftreten und zu einer schwammartigen, tödlich verlaufenden Veränderung des Hirngewebes führen können) und zu diesbezüglichen Futter- und Lebensmittelkontrollen angenommen. Aufgrund des stetigen Rückgangs der Zahl von BSE-Fällen (BSE = bovine spongiforme Enzephalopathie: TSE-Form beim Rind) in den letzten Jahren in der EU gehen die Abgeordneten davon aus, dass die Vorschriften zur Ausmerzungen von BSE und anderen TSE an die tatsächliche Situation unter Beibehaltung eines hohen Niveaus der Gesundheit von Mensch und Tier angepasst werden können. Das EP begrüßt die hierzu vorgelegten Vorschläge der Kommission in ihrem „Zweiten Fahrplan für die TSE-Bekämpfung“ vom 16.07.2010 (s. EB 14/2010), betont jedoch, dass eine rechtliche Anpassung letztlich nicht zu weniger strengen TSE-Maßnahmen oder weniger strengen Kontroll- und Überwachungsmechanismen führen dürfe (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2011-0328&language=DE&ring=A7-2011-0195>

### **MEHR FUTTERMITTELSICHERHEIT DURCH VERBESSERUNG DER INFORMATIONEN ÜBER EINZELFUTTERMITTEL**

Mit dem am 07.07.2011 in Kraft getretenen neuen Katalog der Einzelfuttermittel der Verordnung (EU) Nr. 575/2011 verspricht sich die Kommission einen weiteren Beitrag zu mehr Futtermittelsicherheit in der EU. Der Katalog erfasst annähernd 600 Einzelfuttermittel und verbessert mit der Beschreibung von 64 Herstellungsverfahren die Informationen über Eigenschaften der jeweiligen Einzelfuttermittel gegenüber dem alten Katalog mit weniger als 200 Eintragun-



gen und nur 17 definierten Herstellungsverfahren erheblich. Futtermittelunternehmen ist es damit möglich, ihre Produkte präziser zu bezeichnen und zu kennzeichnen und damit für mehr Transparenz und eine bessere Rückverfolgbarkeit der Futtermittel zu sorgen. Der Katalog basiert auf dem neuen Ansatz der Kommission zur Ko-Regulierung und wurde zunächst von verschiedenen Verbänden des europäischen Futtermittelsektors ausgearbeitet. Die Kommission hat den Entwurf nur leicht überarbeitet, bevor er vom Ständigen Ausschuss für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit (SCoFCAH) im November 2010 gebilligt wurde (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:159:0025:0065:DE:PDF>

#### **EFSA BEWERTET FÜNFTE REIHE GESUNDHEITSBEZOGENER ANGABEN FÜR LEBENSMITTEL**

Mit der Veröffentlichung der wissenschaftlichen Bewertung von 536 zusätzlichen gesundheitsbezogenen Werbeaussagen für Lebensmittel am 30.06.2011 hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) das seit Oktober 2009 laufende Verfahren beinahe abgeschlossen. Weitere fünf Gutachten zu 35 verbleibenden sogenannten „health claims“ werden voraussichtlich noch im Juli veröffentlicht. Damit wären 2.758 Werbeaussagen der insgesamt 4.637 von der EFSA zu überprüfenden Aussagen wissenschaftlich bewertet. Im Folgenden kann die Kommission in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten in einem Schritt die Positivliste der zulässigen gesundheitsbezogenen Angaben für nichtpflanzliche Substanzen nach Art. 13 der sogenannten „Health-Claims-Verordnung“ (Verordnung (EG) Nr. 1924/2006) erstellen, mit denen Lebensmittelunternehmer ihre Produkte in der EU künftig vermarkten dürfen. Anschließend beginnt die EFSA mit der Überprüfung von Angaben zu pflanzlichen Stoffen (z. B. Aloe barbadensis, Echinacea pallida), für welche eine eigene Liste erarbeitet wird (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://www.efsa.europa.eu/de/press/news/110630.htm>

#### **EHEC: KOMMISSION VERANLASST RÜCKNAHME ÄGYPTISCHER SAMEN UND VERHÄNGT VORÜBERGEHENDES EINFUHRVERBOT IN DIE EU**

Die Kommission hat nach Zustimmung des Ständigen Ausschusses für die



Lebensmittelkette und die Tiergesundheit am 05.07.2011 auf der Grundlage einer Risikobewertung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) beschlossen, mit sofortiger Wirkung die Marktrücknahme, Beprobung und Entsorgung von Bockshornkleesamen, die im Zeitraum von 2009 bis 2011 aus Ägypten eingeführt wurden, durch die Mitgliedstaaten zu veranlassen. Aus Vorsorgegründen gilt zusätzlich bis 31.10.2011 ein vorübergehendes Einfuhrverbot für bestimmte Samen und Bohnen aus Ägypten in die EU. Zuvor hatte die EFSA festgestellt, dass höchstwahrscheinlich eine 2009 aus Ägypten eingeführte Charge von Bockshornkleesamen für die aktuellen EHEC-Infektionen mit dem Erreger O104:H4 in Deutschland und Frankreich verantwortlich ist. Dabei konnten die importierten Samen, die über einen deutschen Zwischenhändler geliefert worden waren und zur Sprossenherstellung verwendet werden, rückverfolgt und mit einem bestimmten ägyptischen Exporteur in Verbindung gebracht werden (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:179:0010:0012:DE:PDF>  
<http://www.efsa.europa.eu/en/press/news/110705.htm>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

#### **PLENARTAGUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS (EP) IN STRASSBURG VOM 04. - 07.07.2011: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMAS**

Das EP hat am 07.07.2011 dem Vorschlag der Kommission zugestimmt, das „Europäische Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012“ auszurufen. Das Aktionsjahr soll das Bewusstsein für die Herausforderungen des Alterns vertiefen und „die Vitalität und Würde aller“ fördern. Zu Frauen in wirtschaftlichen Führungspositionen hat das EP am 06.07.2011 eine (nicht-legislative) Entschließung verabschiedet. Die Resolution auf der Grundlage des Berichts der griechischen Berichterstatterin *Rodi Kratsa-Tsagaropoulou* (EVP), zugleich Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, nahm das EP mit 534:109:29 Stimmen an. Zudem befasste sich das EP in mehreren Entschliessungen mit Kohäsionspolitik (s. hierzu auch Beitrag des StMWIVT in diesem EB).



[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0332+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE#def\\_2\\_1](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0332+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE#def_2_1)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+20110706+ITEMS+DOC+XML+V0//DE&language=DE#sdocta10>

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110704IPR23283/html/Das-Parlament-spricht-sich-f%C3%BCr-F%C3%B6rderung-von-%C3%9Cbergangsregionen-aus>

### **EUROSTAT: ARBEITSLOSENQUOTE DES EURORAUMS LAG IM MAI 2011 BEI 9,9 %**

Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote lag im Mai 2011 im Euroraum bei 9,9 %, unverändert gegenüber dem Vormonat April 2011. Für Deutschland wurde durch die EU-Statistikbehörde ein Wert von 6,0 % erfasst. Im Vorjahreszeitraum Mai 2010 hatte die Arbeitslosenquote im Euroraum 10,2 % betragen. In der gesamten EU betrug die Arbeitslosenquote im Mai 2011 9,3 %, ebenfalls unverändert gegenüber dem Vormonat. Im Mai 2010 wurde sie auf 9,7 % beziffert. Nach Schätzungen von Eurostat waren in der EU im Mai 2011 insgesamt 22,38 Millionen Frauen und Männer arbeitslos, davon 15,51 Millionen Menschen im Euroraum. Gegenüber dem Vorjahresmonat fiel die Zahl der Arbeitslosen in der EU um 904.000 und im Euroraum um 551.000.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/11/99&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **EINIGUNG IM TRILOG ZUR RICHTLINIE ZUR BEKÄMPFUNG DES SEXUELLEN MISSBRAUCHS UND DER SEXUELLEN AUSBEUTUNG VON KINDERN SOWIE DER KINDERPORNOGRAFIE**

Der EP-Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) hat am 12.07.2011 mit klarer Mehrheit den Vorschlag für eine Richtlinie des EP und des Rates zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2004/68/JI des Rates in Form eines Kompromisstextes angenommen. Der beschlossene Text wurde zuvor in Gesprächen mit Rat und Kommission ausgehandelt. Die Richtlinie ersetzt einen entsprechenden Rahmenbeschluss aus dem Jahr 2004. Das Gesetzgebungsvorhaben wird aber erst nach der Sommerpause förmlich abgeschlossen werden.



<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110711IPR23756/html/EU-Parlament-will-gegen-Kindersch%C3%A4nder-und-Online-Pornografie-hart-durchgreifen>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

### **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT STUDIE ZUR LESEKOMPETENZ IN EUROPA**

Einer neuen Studie der Kommission zufolge können 20 % der 15-Jährigen nicht richtig lesen; die deutschen Jugendlichen liegen mit einem Anteil von 18,5 % an schlechten Leseleistungen nur knapp unter dem europäischen Durchschnitt. Die Studie zeigt, dass die meisten der insgesamt 31 untersuchten europäischen Staaten zwar Strategien zur Alphabetisierung entwickelt haben, diese Strategien aber oftmals nicht auf besonders gefährdete Gruppen ausgerichtet sind. Schwerpunkte der Studie bilden pädagogische Ansätze der Staaten zur Behebung von Leseschwächen, die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften sowie die Förderung des Lesens außerhalb der Schule.

Während die deutsche Übersetzung der Studie noch nicht verfügbar ist, findet sich die englische Fassung auf folgender Internetseite:

[http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/thematic\\_studies\\_en.php](http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/thematic_studies_en.php)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

### **ABSCHLUSSBERICHT DER TASK FORCE ZUR STRUKTUR DES ERC VERÖFFENTLICHT**

Die Kommission hat am 11.07.2011 den Abschlussbericht der Task Force zur zukünftigen Struktur des Europäischen Forschungsrats (ERC) veröffentlicht. Aufgabe der Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von *Robert-Jan Smits*, Generaldirektor der GD Forschung, war es, die verschiedenen Optionen und rechtlichen Möglichkeiten für die zukünftige Gestaltung des ERC zu untersuchen und dessen Platz in der Europäischen Forschungslandschaft auch unter Geltung des Vertrags von Lissabon zu sichern. Mitglieder der Task Force waren u. a. die derzeitige ERC-Präsidentin *Helga Nowotny* sowie der ehemalige Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und erste Generalsekretär des ERC, *Ernst-Ludwig Winnacker*.

[http://erc.europa.eu/pdf/ERC\\_Taskforce\\_Report.pdf](http://erc.europa.eu/pdf/ERC_Taskforce_Report.pdf)



## **EXPERTENBERICHT FORDERT KOOPERATIVEN CHARAKTER KÜNFTIGER EU-FORSCHUNGSPOLITIK**

Eine internationale Sachverständigengruppe für Synergien (Synergies Expert Group), bestehend aus namhaften Vertretern von Hochschulen, Politik, Banken und Wirtschaftsverbänden, hat einen Bericht mit mehreren Empfehlungen für die Zukunft der gesamten EU-Forschungspolitik veröffentlicht. Unter dem Stichwort „Synergie“ sollen in diesem Zusammenhang alle Aspekte aufgegriffen werden, die darauf abzielen, zur Vermeidung von Mehrfacharbeit - und der damit einhergehenden Verschwendung von Mitteln - eine bessere Kooperation und Koordination der mitgliedstaatlichen Forschungspolitiken zu erreichen. Um dieser Problematik entgegenzutreten, fordert die von *Prof. Frans van Vught* geleitete Expertengruppe eine regere Kommunikation zwischen den Akteuren in der gesamten Union und innerhalb der Mitgliedstaaten selbst für notwendig erachtet. Festgestellt wurde auch ein Mangel an Instrumenten zur Unterstützung der Bündelung europäischer und nationaler Finanzierungsmittel.

[ftp://ftp.cordis.europa.eu/pub/fp7/docs/seg-final\\_en.pdf](ftp://ftp.cordis.europa.eu/pub/fp7/docs/seg-final_en.pdf)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

## **EP-PLENUM VOM 04. - 07.07.2011 IN STRASSBURG – ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH DES STMUG**

Auf seiner Sitzung in Straßburg vom 04. - 07.07.2011 hat das EP u. a. eine Debatte über ein ambitionierteres Klimaschutzziel geführt, in zweiter Lesung die sog. Lebensmittelinformations-Verordnung angenommen sowie Entschlüsse zum Verordnungsvorschlag für GVO-Anbauverbote, zu Rechtsvorschriften zu TSE (= transmissible spongiforme Enzephalopathien) und zum aktiven Altern erlassen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0314+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2011-0328&language=DE&ring=A7-2011-0195>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2011-0324&language=DE&ring=A7-2011-0177>

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0332+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE#def\\_2\\_1](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0332+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE#def_2_1)



## **KONSULTATION ZUR HARMONISIERUNG VON RAUM- UND UMWELTINFORMATIONEN**

Die Kommission hat am 29.06.2011 eine öffentliche Konsultation zur europäischen Geodateninfrastruktur „INSPIRE“ (Infrastructure for Spatial Information in Europe, vgl. EB 03/08) gestartet. INSPIRE verfolgt das Ziel, den Austausch von raumbezogenen Daten z. B. über Energieverbrauch, Katastrophenschutz oder Meeresregionen zu beschleunigen und den Zugang der Öffentlichkeit zu diesen Informationen europaweit zu erleichtern. Die vorgeschlagenen Normen sollen bei der Einordnung von Umweltschäden, bei der Informationsverwertung sowie der Zusammenarbeit der öffentlichen Verwaltungen (z. B. Katastrophenschutz) helfen. Interessierte haben jetzt bis zum 21.10.2011 die Möglichkeit, sich zu den Normen zu äußern. Der Beginn dieser Konsultation fällt zusammen mit der INSPIRE-Konferenz, die vom 27.06. - 01.07.2011 in Edinburgh stattfand. Die am 15.05.2007 erlassene INSPIRE-Richtlinie soll bis 2019 vollständig umgesetzt werden.

<http://inspire.jrc.ec.europa.eu/index.cfm/pageid/201/consultation/45851>

## **EHEC: KOMMISSION VERANLASST RÜCKNAHME ÄGYPTISCHER SAMEN UND VERHÄNGT VORÜBERGEHENDES EINFUHRVERBOT IN DIE EU**

Die Kommission hat nach Zustimmung des Ständigen Ausschusses für die Lebensmittelkette und die Tiergesundheit am 05.07.2011 auf der Grundlage einer Risikobewertung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) beschlossen, mit sofortiger Wirkung die Marktrücknahme, Beprobung und Entsorgung von Bockshornkleesamen, die im Zeitraum von 2009 bis 2011 aus Ägypten eingeführt wurden, durch die Mitgliedstaaten zu veranlassen. Aus Vorsorgegründen gilt zusätzlich bis 31.10.2011 ein vorübergehendes Einfuhrverbot für bestimmte Samen und Bohnen aus Ägypten in die EU. Zuvor hatte die EFSA festgestellt, dass höchstwahrscheinlich eine 2009 aus Ägypten eingeführte Charge von Bockshornkleesamen für die aktuellen EHEC-Infektionen mit dem Erreger O104:H4 in Deutschland und Frankreich verantwortlich ist. Dabei konnten die importierten Samen, die über einen deutschen Zwischenhändler geliefert worden waren und zur Sprossenherstellung verwendet werden, rückverfolgt und mit einem bestimmten ägyptischen Exporteur in Verbindung gebracht werden.

<http://eur->



[lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:179:0010:0012:DE:PD](http://lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:179:0010:0012:DE:PD)  
F <http://www.efsa.europa.eu/en/press/news/110705.htm>

### **PSYCHOAKTIVE SUBSTANZEN NEHMEN ERHEBLICH ZU**

Aufgrund des erheblichen Anstiegs neuer psychoaktiver Substanzen in der EU beabsichtigt die Kommission, den bestehenden Rechtsrahmen zur EU-weiten Kontrolle und Bekämpfung dieser Substanzen zu verschärfen und schlägt hierfür in ihrem am 11.07.2011 veröffentlichten Bericht verschiedene Optionen vor. Diese beinhalten Alternativen zu strafrechtlichen Sanktionen, neue Überwachungsmaßnahmen für bedenkliche Substanzen und die Angleichung von Drogenkontrollmaßnahmen an die Maßnahmen für Lebensmittel- und Produktsicherheit und sollen bis zum Herbst noch genauer ausgearbeitet werden. Für 2012 kündigt die Kommission mögliche Legislativvorschläge an. Nach einer ebenfalls am 11.07.2011 veröffentlichten, von der Kommission in Auftrag gegebenen Eurobarometer-Umfrage, bei der Jugendliche allgemein zu Drogen und erstmals auch zu ihren Erfahrungen mit den neuen Substanzen befragt wurden, gaben EU-weit 5 % der insgesamt 12.000 Teilnehmer zwischen 15 und 24 Jahren an, bereits synthetische Drogen konsumiert zu haben. Dabei entfiel der höchste Anteil auf Irland (16 %), während in Deutschland der Konsum mit 4 % unterdurchschnittlich war.

[http://ec.europa.eu/justice/policies/drugs/docs/com\\_2011\\_430\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/justice/policies/drugs/docs/com_2011_430_de.pdf)

[http://ec.europa.eu/public\\_opinion/flash/fl\\_330\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_330_en.pdf)

### **EFSA BEWERTET FÜNFTE REIHE GESUNDHEITSBEZOGENER ANGABEN FÜR LEBENSMITTEL**

Mit der Veröffentlichung der wissenschaftlichen Bewertung von 536 zusätzlichen gesundheitsbezogenen Werbeaussagen für Lebensmittel am 30.06.2011 hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) das seit Oktober 2009 laufende Verfahren beinahe abgeschlossen. Weitere fünf Gutachten zu 35 verbleibenden sog. „health claims“ werden voraussichtlich noch im Juli veröffentlicht. Damit wären 2.758 Werbeaussagen der insgesamt 4.637 von der EFSA zu überprüfenden Aussagen wissenschaftlich bewertet. Im Folgenden kann die Kommission in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten in einem Schritt die Positivliste der zulässigen gesundheitsbezogenen Angaben für nichtpflanzliche Substanzen nach Art. 13 der sog. „Health-Claims-Verordnung“ (Verordnung (EG) Nr. 1924/2006) erstellen, mit denen Lebensmit-



telunternehmer ihre Produkte in der EU künftig vermarkten dürfen. Anschließend beginnt die EFSA mit der Überprüfung von Angaben zu pflanzlichen Stoffen (z. B. Aloe barbadensis, Echinacea pallida), für welche eine eigene Liste erarbeitet wird.

<http://www.efsa.europa.eu/de/press/news/110630.htm>

### **MEHR FUTTERMITTELSICHERHEIT DURCH VERBESSERUNG DER INFORMATIONEN ÜBER EINZELFUTTERMITTEL**

Mit dem am 07.07.2011 in Kraft getretenen neuen Katalog der Einzelfuttermittel der Verordnung (EU) Nr. 575/2011 verspricht sich die Kommission einen weiteren Beitrag zu mehr Futtermittelsicherheit in der EU. Der Katalog erfasst annähernd 600 Einzelfuttermittel und verbessert mit der Beschreibung von 64 Herstellungsverfahren die Informationen über Eigenschaften der jeweiligen Einzelfuttermittel gegenüber dem alten Katalog mit weniger als 200 Eintragungen und nur 17 definierten Herstellungsverfahren erheblich. Futtermittelunternehmern ist es damit möglich, ihre Produkte präziser zu be- und kennzeichnen und damit für mehr Transparenz und eine bessere Rückverfolgbarkeit der Futtermittel zu sorgen. Der Katalog basiert auf dem neuen Ansatz der Kommission zur Ko-Regulierung und wurde zunächst von verschiedenen Verbänden des europäischen Futtermittelsektors ausgearbeitet. Die Kommission hat den Entwurf nur leicht überarbeitet, bevor er vom Ständigen Ausschuss für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit (SCoFCAH) im November 2010 gebilligt wurde.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:159:0025:0065:DE:PDF>

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

### **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT GRÜNBUCH ZUR ONLINE-VERBREITUNG AUDIOVISUELLER WERKE UND ERÖFFNET HIERZU KONSULTATION**

Am 13.07.2011 veröffentlichte die Kommission auf Initiative des Binnenmarkt-Kommissars *Michel Barnier*, der Vizepräsidentin für die Digitale Agenda, *Neelie Kroes* und der Kommissarin für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend, *Androulla Vassiliou*, ein Grünbuch über die Chancen und Herausfor-



derungen der Online-Verbreitung von Filmen, Video-on-demand, TV-Programmen und anderen audiovisuelle Werken. Das Grünbuch ist Teil der umfassenden IPR-Strategie („Intellectual Property Rights“) der Kommission zum Schutz der Urheberrechte (s. EB 11/11), in deren Rahmen für Anfang 2012 Legislativvorschläge zur kollektiven Rechtverwaltung vorgesehen sind. Zu den im Grünbuch angesprochenen Themen können alle interessierten Kreise bis zum 18.11.2011 Stellung nehmen. Von besonderer Bedeutung ist im Rahmen der Konsultation insbesondere, ob bzw. inwieweit der derzeitige Regulierungsrahmen die grenzübergreifende Verfügbarkeit von Online- Diensten in der EU behindert.

Die Konsultation ist abrufbar unter:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/consultations/2011/audiovisual\\_en.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2011/audiovisual_en.htm)

Das Grünbuch ist verfügbar unter:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/copyright/docs/copyright-info/greenpaper\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/copyright/docs/copyright-info/greenpaper_de.pdf)

### **POLNISCHE PRÄSIDENTSCHAFT STELLT IN DER RATSARBEITSGRUPPE TELEKOMMUNIKATION ARBEITSPROGRAMM VOR**

Die RAG Telekommunikation und Informationsgesellschaft am 04.07.2011 befasste sich in ihrer ersten Sitzung unter polnischer Präsidentschaft schwerpunktmäßig mit den Arbeitsprogrammen der polnischen Präsidentschaft und der Kommission.

Als Prioritäten nannte die polnische Präsidentschaft:

- Funkfrequenzpolitisches Programm (RSPP): Ziel ist eine Einigung in erster Lesung bis Ende des Jahres sowie für die anstehenden Trilogverhandlungen im Herbst eine Mandatierung durch ASTV I Anfang September. Gleichzeitig wollen EP und KOM in Sitzungen am 11. und 20.07.2011 ihre noch offenen Punkte klären.
- Roamingverordnungsvorschlag der Kommission: Geplant ist die Erarbeitung eines Fortschrittsberichts für den TTE-Rat am 13.12.2011.
- Neumandatierung der Europäischen Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA): Ziel ist möglichst eine Einigung in erster Lesung, insbesondere auch eine Klärung der im Rat noch strittigen Frage der Geltungsdauer des neuen Mandates.

[http://www.pl2011.eu/de/program\\_and\\_priorities](http://www.pl2011.eu/de/program_and_priorities)



## **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT VORSCHLAG ZU ROAMING-GEBÜHREN**

Die Kommission hat am 06.07.2011 einen Verordnungsentwurf zur Senkung der Roaming-Kosten vorgelegt. Um niedrigere Verbraucherpreise zu erreichen, plant die EU-Kommissarin für die Digitale Agenda, *Neelie Kroes*, die Obergrenzen für Gesprächskosten und SMS bis Juli 2014 weiter schrittweise abzusenken. Ziel ist es, diese langfristig an die zurzeit geltenden Preise auf nationaler Ebene anzugleichen, so dass beispielsweise ein Handytelefonat im EU-Ausland nicht teurer ist, als ein Telefonat im Inland. Zudem sollen auch strukturelle Änderungen für mehr Wahlmöglichkeiten und Wettbewerb am Mobilfunkmarkt sorgen. Nach einem am gleichen Tag veröffentlichten KOM-Bericht sind Mobilfunkgespräche im EU-Ausland aufgrund der Roaminggebühren noch immer rund dreimal teurer als im Inland.

KOM-Verordnungsvorschlag:

[http://ec.europa.eu/information\\_society/activities/roaming/docs/roaming\\_recast\\_11.pdf](http://ec.europa.eu/information_society/activities/roaming/docs/roaming_recast_11.pdf)

KOM-Bericht:

[http://ec.europa.eu/information\\_society/activities/roaming/docs/roaming\\_report\\_11.pdf](http://ec.europa.eu/information_society/activities/roaming/docs/roaming_report_11.pdf)

Weitere Informationen sind abrufbar unter:

[http://ec.europa.eu/information\\_society/activities/roaming/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/information_society/activities/roaming/index_en.htm)

## **KOMMISSION STARTET KONSULTATION ZU REGELN FÜR MELDUNG VON DATENSCHUTZVERSTÖßEN**

Die Kommission hat am 14.07.2011 eine Konsultation zu praktischen Regeln für die Meldung von Datenschutzverstößen im Rahmen der neuen EU-Telekommunikationsvorschriften gestartet. Zunächst sollen Beiträge über bestehende Verfahren und anfängliche Erfahrungen mit den neuen Vorschriften eingeholt werden. Anschließend können praktische Regeln vorgeschlagen werden. Beiträge zur Konsultation können bis zum 09.09.2011 eingereicht werden (s. hierzu auch Beitrag des StMI in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/information\\_society/policy/ecommlibrary/public\\_consult/data\\_breach/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecommlibrary/public_consult/data_breach/index_en.htm)